

GREGOR PUTENSEN

Neues Denken ad acta?

Die Reflexion der Perestrojka

im Osten Deutschlands

Gut zehn Jahre sind seit der Proklamation der Perestrojka vergangen. Die Erwartungen, die sie damals in einem rasch wachsenden Grade im Osten Europas ausgelöst hatte, waren von der Hoffnung getragen, daß die ideologischen Verkrustungen, die wirtschaftliche Ineffizienz und die systematische Beschränkung und Verletzung der politischen Rechte der Menschen im System des Staatssozialismus überwunden werden können. Auf einen kurzen Nenner gebracht hieß das: Mit Gorbatschows neuer Herangehensweise an die inneren Probleme der realsozialistischen Gesellschaft und die Fragen des Verhältnisses der beiden antagonistischen Welt- und Gesellschaftssysteme hatte der bis dahin schwindende Glaube an die Reformierbarkeit des Staatssozialismus eine unerwartete Stärkung und Wiederbelebung erfahren.

Eine ernstgemeinte Demokratisierung des Sozialismus im Inneren und der Versuch eines anderen Sicherheitsverständnisses in bezug auf die Staaten des entwickelten Kapitalismus verliehen den Hoffnungen auf eine friedlichere Welt durch umfassende Abrüstung einen erheblichen Zuwachs an Rückhalt in den unterschiedlichsten politischen Lagern. So auch in der damaligen DDR. Von vielen wurden hier die neue Offenheit und das Bemühen um politische Transparenz gegenüber den inneren und äußeren Problemen und Konflikten der damaligen Sowjetunion unter dem Schlagwort »glasnost« als Ausdruck eines ermutigenden und möglicherweise entscheidenden politischen Kulturwandels des Sozialismus geradezu dankbar begrüßt. Diesen Erwartungen stand jedoch die ablehnende Haltung gegenüber, die von der Führungsspitze in Staat und SED (und mit ihr wohl auch von einem großen Teil des »Partei-volkes«) mit wachsender Dauer des Perestrojka-Prozesses immer unverhohlener zu erkennen gegeben wurde. Die zutage getretenen Unwägbarkeiten und Krisenerscheinungen der Perestrojka boten hierzu unverkennbar willkommene Rechtfertigungsmöglichkeiten. Den nicht mehr verstummenden Debatten um den offenkundigen Reformstau für die DDR, aber auch um die generelle Frage, ob der Staatssozialismus überhaupt noch reformierbar sei, begegnete die SED-Führung in ihrer Propaganda und Agitation mit Arroganz und Häme. Ihre wohlwollende Duldung, die Perestrojka als »Katastrojka« diskreditieren zu lassen, war nicht mißzuverstehen.

Andererseits waren die Resignation und der Verdruß sowohl innerhalb als auch außerhalb der SED angesichts der zunehmend als zynisch empfundenen Machtpolitik unter dem Deckmantel des

Gregor Putensen - Jg. 1935, Prof. Dr. phil. habil.; von 1968 bis 1995 am Nordischen Institut (vormals Sektion Nordeuropawissenschaften, dann Nordeuropa-Institut) der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Arbeitsgebiete: Internationale Beziehungen, Außen- und Sicherheitspolitik nordischer Staaten; Publikationen u.a.: »Außen- und Sicherheitspolitik der Staaten Nordeuropas 1945 bis 1990«, 1994; seit 1994 Abgeordneter der PDS im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

»demokratischen Zentralismus« soweit gewachsen, daß in der DDR illusionäre Vorstellungen und Erwartungen im Zusammenhang mit der Perestrojka eine regelrechte Hochkonjunktur hatten. Sie erlangten ein deutliches Übergewicht gegenüber der durchaus angebrachten Skepsis in bezug auf viele ihrer Erscheinungen in der UdSSR. Im Bereich von Theorie und politischer Strategie zeigte sich dieser Umstand unter anderem darin, daß allgemein-menschliche Problemstellungen die klassenpolitische Perspektive nicht nur immer stärker überlagerten, sondern in der Tendenz sogar letztlich den Klassenkampf als politischen Konfliktkomplex zu einer bedeutungslosen Größe zu reduzieren schienen. Der große gesellschaftliche Umbruch im Osten Europas an der Wende zu den neunziger Jahren hat inzwischen wieder anderes – und nicht unbedingt Neues – gelehrt. Das für die Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen staatssozialistischen Länder nunmehr massenhafte und zugleich individuelle Erleben sowie die praktische Kenntnis des realen Kapitalismus verleihen der Kategorie des Klassenkampfes schon wieder einen ganz anderen Stellenwert, als das zu Zeiten der Perestrojka der Fall war.

Und dennoch gab es im Zusammenhang mit den von der Perestrojka ausgelösten Veränderungen im politischen Denken durchaus auch Bereiche, in denen sich das klassenbedingte Wesen jeglicher Politik weder damals noch heute mit jener klaren Transparenz erschließt, wie beispielsweise auf dem Gebiet der Lohn-, Arbeitsmarkt- oder Sozialpolitik. Einen dieser Bereiche, der zwar nur dem Anschein nach systemneutral, aber dessenungeachtet vordergründig vom »Nationalen« und vom Militärwesen geprägt wird, bildet die Sicherheitspolitik.

Die Dominanz des Militärischen in der Sicherheitspolitik

Die Sicherheitspolitik verkörpert eine viele Gebiete und Ressorts integrierende Klammer für das Interesse und Bestreben des jeweils herrschenden politischen Systems an seiner ungefährdeten Fortexistenz. Der Staat als das Machtinstrument der herrschenden Klasse hat – wie die Entwicklungsgeschichte der internationalen Beziehungen zeigt – diesen Anspruch auf eine nicht in Frage gestellte Fortexistenz nach außen hin mit militärischen Mitteln markiert. Die »nationale« Sicherheit des Staates wurde und wird auch heute noch mit dem Streben nach maximaler militärischer Unangreifbarkeit verknüpft. Für die Machthaber der meisten Länder ergab sich hieraus eine Sicht für die Außen- und Sicherheitspolitik, die (wenn auch in unterschiedlichem Grade) darauf abzielte, »nationale« Sicherheit für ihre Staaten zu errüsten.

Da diesem Verhaltensmuster nicht nur die Großmächte, sondern bisher auch die meisten kleineren »Akteure« in den internationalen Beziehungen gefolgt sind, bedingten ihre Anstrengungen, einen möglichst hohen Grad eigener militärischer Unangreifbarkeit zu erlangen, ein objektives »Hochschaukeln« der Rüstungen. – Aber eben nicht nur das!

Zugleich bedeutete dies auch eine unvermeidliche Einengung der Gesamtpalette ihrer auswärtigen Beziehungen und die Reduzierung ihrer Sicherheitspolitik auf die Fragen der Landesverteidi-

gung, Rüstungsbeschaffung und mancherlei restriktive Aspekte der Innenpolitik (Militarisierung, Spionageabwehr usw.). Gerade die Frage der Notwendigkeit oder Unnötigkeit von Rüstungsprogrammen wurde in aller Regel durch dieses militärisch dominierte Verständnis von »nationaler« Sicherheit in der Politik stets zugunsten der Rüstungsproduzenten entschieden. Festzustellen, in welchem Grade diese Sicherheit denn tatsächlich bedroht war, oblag bislang immer den machthabenden Eliten in Politik, Militär und Wirtschaft (einschließlich ihrer Produzenten von Waffen und anderen Rüstungsgütern), nicht jedoch dem regierten Volk als potentielles Kanonenfutter oder als Steuerzahler.

Doch auch noch das schließlich errüstete militärische Patt (mit seinen wiederum neuen Ungewißheiten) wurde von den maßgeblichen politischen und militärischen Kreisen in vielen Staaten, vor allem aber zwischen den Großmächten, als eine Infragestellung des eigenen Sicherheitsanspruches interpretiert. So konnte zuguterletzt der Anspruch auf die »nationale« Sicherheit des Staates durch eigene militärische Überlegenheit zur »ultima ratio« des sicherheitspolitischen Denkens verkommen. Und genau dieser gefährliche Auswuchs des militarisierten Sicherheitsverständnisses nicht nur der USA, sondern längere Zeit auch der UdSSR, das die eigene Sicherheit (zeitweise sogar ganz offiziell proklamiert !) durch militärische und strategische Überlegenheit gegen den Anspruch anderer Staatenakteure auf gleiche Sicherheit in der internationalen Politik zur Voraussetzung erhob, überschattete im Grunde genommen über Jahrzehnte die Beziehungen zwischen den Staaten der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) und der NATO. Dies galt natürlich vor allen Dingen unter dem Aspekt des Verhältnisses zwischen den USA und der Sowjetunion als Führungsmächte ihrer jeweiligen Militärallianzen, ungeachtet der durchaus höchst wichtigen Entspannungsphasen, deren Dauer und Tiefe allerdings zu meist von dem konkret herrschenden Klima zwischen den beiden Supermächten bestimmt wurde.

Gorbatschows Impulse für die Sicherheitspolitik – alles vergessen?

Die von Michail Gorbatschow initiierte Konzeption des »Neuen Denkens« war eine deutliche Widerspiegelung der 1982 von der Palme-Kommission verkündeten Idee der »gemeinsamen Sicherheit«. Die auf einen kurzen Nenner gebrachte Botschaft dieser »Kommission für Fragen der Abrüstung und Sicherheit« unter Leitung des 1986 ermordeten schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme lautete: Mehr und zuverlässige Sicherheit durch kontinuierliche Abrüstungsschritte bei zugleich umfassender militärischer Vertrauensbildung!

Der scheinbar einfache, aber zunächst einmal alles entscheidende Prüfstein hierfür war der politische Wille. Das historische Verdienst Gorbatschows bestand darin, daß er diesem Willen tatsächlichen Ausdruck zu verleihen verstand. Als Staatsmann einer Großmacht, die zugleich der führende Staat eines hochgerüsteten Militärbündnisses in Gestalt der WVO war, verhalf er der Botschaft der Palme-Kommission zu praktischer politischer Wirkung. Unter unverkennbarer Anknüpfung an die Ergebnisse der

»Wir haben unseren Bericht ›Gemeinsame Sicherheit‹ (common security) genannt. Denn unsere Schlußfolgerung war, daß die Länder Sicherheit im Zeitalter der Kernwaffen nur gemeinsam, durch Zusammenarbeit miteinander, erzielen können. Nicht einmal die mächtigsten Supermächte können das Überleben ihrer Bevölkerung und die Grenzen ihres Territoriums heute durch einseitige militärische

Aufrüstung gewährleisten. Wie viele Kernwaffen ein Land auch anschafft, so können diese die eigene Bevölkerung nicht vor den Raketen eines anderen Landes schützen. Die Wahl steht zwischen gemeinsamem Überleben oder gemeinsamer Vernichtung. Die Unsicherheit im Zeitalter der Kernwaffen kann nur dadurch überwunden werden, daß die Nationen übereinkommen, eine gemeinsame Sicherheit zu schaffen, an der alle teilhaben.«
 Olof Palme: Gemeinsame Sicherheit (1983); in: Olof Palme - Er rührte an die Herzen der Menschen; Reden und Texte; Zusammenge stellt von Freimuth Duve, Rowohlt Verlag Reinbek 1986, S.146.

»Das einzigartige am nuklearen Zeitalter ist, daß wir ein Stadium erreicht haben, wo wir uns nicht nur selbst zerstören können, sondern auch jeden und alles, das nach uns kommen würde. Alle menschliche Zivilisation, reich und phantastisch wie sie ist, entwickelt in Tausenden von Jahren menschlicher Anstrengungen, mit ihren schönen Künsten, ihrer Literatur, ihrer Architektur und Überlieferungen, unser ganzes Leben – all dies kann ganz einfach zu Ende gehen aus menschlicher Torheit.«
 Olof Palme: Wir teilen uns dieselbe Welt. Rede zur Vier-Kontinente-Initiative am 28.1.1985 in Delhi; a.a.O. S.16.

kritischen Friedensforschung und im Dialog mit solchen wichtigen Ratgebern führender politischer Kreise ihrer jeweiligen Länder wie Egon Bahr (BRD), Johan Jörgen Holst (Norwegen), Cyrus Vance (USA), Georgij Arbatow (UdSSR) und anderer, die alle Mitglied der Palme-Kommission waren, war Gorbatschow zu einem umfassenderen Verständnis von Sicherheit gelangt. Entsprechend seiner Konzeption vom »Neuen Denken« umfaßte sein Sicherheitsbegriff einen Komplex von politischen, militärischen, humanitären, ökonomischen und ökologischen Elementen. Diese Elemente eines modernen, erweiterten Verständnisses von Sicherheit stehen nach Gorbatschows Auffassung unter den Bedingungen der Welt von heute mit ihren zunehmend globalen Problemen in einem immer weniger auflösbaren Zusammenhang zueinander. Dieser Denkansatz bekräftigte von staatsmännlicher Seite her die alternative Sicht sowohl religiöser Strömungen als auch beträchtlicher Gruppen der jüngeren Generation und grüner Bewegungen von der »Einen Welt«, in der wir leben.

In einem erstaunlichen Maße vermochte Gorbatschow in dem sensiblen militärischen Bereich der internationalen Beziehungen diese Konzeption zumindest in einigen wichtigen Teilen in konkrete Politik und einige bemerkenswerte Ergebnisse umzusetzen. Unter den Bedingungen einer für die gesamte Menschheit letztlich unkalkulierbaren nuklearen Konfrontation hatte Gorbatschow den Mut dazu aufgebracht, sich von der durch die Blocklogik geprägten Sicht enger nationaler und bündnispolitischer Sicherheitsinteressen zu lösen. Sicherheit durch Erlangung militärstrategischer Überlegenheit war von ihm als Quelle eines permanenten und in der Endkonsequenz tödlichen Wettrüstens begriffen worden. Sicherheit konnte – dem Geist der Palme-Kommission und seiner eigenen Konzeption entsprechend – nur gemeinsam mit den potentiellen Gegnern erreicht werden. Und dies hieß zugleich, deren Bedrohungsperzeption nüchtern für die eigene Sicherheitspolitik in Rechnung zu stellen. Es war daher die Konsequenz einer mutigen Politik und ein historischer Schritt (der auch gegen Teile der eigenen Generalität durchzusetzen war!), daß nach komplizierten Verhandlungen Gorbatschow mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan 1987 den INF-Vertrag unterzeichnen konnte. Dies war wirklich ein Abrüstungsvertrag, der heute im wesentlichen erfüllt ist. Er sah den Abbau und die Vernichtung einer ganzen Kategorie von Raketenkernwaffen vor und bedeutete nach 1945 den erstmaligen Versuch, das Wettrüsten nicht mehr wie bisher in allen anderen geschlossenen Abkommen durch Rüstungskontrolle (»arms control«) einzudämmen, sondern den Weg einer realen Abrüstung einzuschlagen.

Mit Blick auf die aktuelle Situation in Europa und in der Welt fragt man sich allerdings, ob diese in der Gorbatschowschen Politik umgesetzte Erkenntnis, daß sich weder nationale noch internationale Sicherheit angesichts der waffentechnischen Entwicklung errüsten lassen, heute überhaupt noch etwas zählt. Galt diese Erkenntnis etwa nur für eine Welt mit bipolarer sicherheitspolitischer Blockstruktur?

Konkret auf die NATO bezogen muß man sich logischerweise

die Frage stellen, ob denn der Wegfall des ideologischen Systemkontrahenten in Gestalt des osteuropäischen Staatssozialismus und die Tatsache eines in Europa nunmehr durchgängig etablierten kapitalistischen Marktwirtschaftssystems für eine umfassendere Fundierung des Gorbatschowschen Sicherheitsdenkens etwa ungünstigere Voraussetzungen bieten als die Bedingungen der Blockkonfrontation?

Sollte ein Sicherheitsverständnis im Sinne der Gorbatschowschen Konzeption vom »Neuen Denken« schon wieder veraltet und damit objektiv hinfällig sein? So, wie sich die Dinge – zumindest oberflächlich betrachtet – darstellen, könnte man zu dem Schluß gelangen, daß der Westen und die NATO nur so lange auf die Linie des »Neuen Denkens« bereit waren einzugehen, wie sie die Hoffnung nähren konnten, die Sowjetunion und der Warschauer Pakt würden sich durch mehr oder weniger einseitige Zugeständnisse an den Westen selbst schwächen und die eigenen militärischen Wirkungsoptionen in Frage stellen.

Ein derartiges Kalkül war seinerzeit bei den Strategieanalytikern auf beiden Seiten keineswegs unbekannt. Eine moralisierende Bewertung dieser Erwägung liegt zwar nahe, ist aber angesichts des Interessencharakters jeglicher Politik wenig produktiv.

Unbekannt und überraschend war jedoch vor allem für den Westen und seine Analytiker das Ausmaß der inneren Schwächung des staatssozialistischen Systems im gesamten Osten Europas.

Der letztlich doch überraschend eingetretene Systemkollaps war der krönende Sieg des kapitalistischen Westens in einem langwierigen, ungeheuer ressourcenfressenden, aber mit überlegenen ökonomisch-industriellen Mitteln gegenüber dem Osten geführten kalten (und manchmal auch fast heißen) Krieg.

Die Schlußfolgerungen aus diesem historischen Umbruch verursachen allerdings angesichts des erneut dominanten und offenkundig noch zunehmenden Gewichtes der militärischen Kategorien im sicherheitspolitischen Denken der verantwortlichen Politikereliten mehr als nur spürbares Unbehagen. Das was anfangs der neunziger Jahre undenkbar schien, wurde inzwischen zur militärischen (wenn auch noch nicht ganz selbstverständlichen) Realität: Soldaten der Bundeswehr sind dabei – nicht etwa, um den traditionellen Verteidigungsauftrag für die Abwehr einer Aggression gegenüber der BRD oder dem NATO-Bündnisterritorium zu erfüllen, sondern im »Out of area«-Einsatz im früheren Jugoslawien. Deutschlands unleugbare »Verpflichtung zur Wahrnehmung internationaler Verantwortung« wird nunmehr allerdings auf neue Weise unterstrichen. Großmachtambitionen schreien stets nach ihrer militärischen Untersetzung. Für unmißverständliche Signale in dieser Richtung hat der Bürgerkrieg in Ex-Jugoslawien den rechtskonservativen Kräften in Deutschland den lange herbeigesehnten, willkommenen Anlaß geboten.

Statt des gemeinsamen europäischen Hauses – Renaissance des militärisch geprägten Sicherheitsdenkens

Die Idee eines »gemeinsamen Hauses Europa« – so lange vom Westen mit unverkennbarem Wohlwollen betrachtet, wie die von

»In der Vergangenheit ist Sicherheit durch ständig fortschreitende Rüstung und durch gegenseitige Bedrohung, durch Abschreckung gesucht worden. Aber dies hat nur die Unsicherheit der Menschen vergrößert. Es zeigt, daß es illusionär ist zu glauben, daß die Suche nach einer narrensicheren Verteidigung durch immer mehr und immer weiter entwickelte Verteidigungssysteme eine sichere Zukunft geben könnte. Der einzige Weg zu dauerhafter Sicherheit führt über die atomare Abrüstung.«

Olof Palme: Wir teilen uns dieselbe Welt. Rede ..., a.a.O. S. 165.

Gorbatschow geführte UdSSR ihre Abrüstungspolitischen Beiträge für eine spürbare militärische Entspannung leistete – wird heute ganz offenkundig von einem anderen Europa-Verständnis ersetzt. Der welthistorische Verzicht der Sowjetunion auf den Versuch, ihren Einflußbereich mit militärischer Gewalt zusammenzuhalten, scheint im Westen, betrachtet man seine heutige Politik gegenüber Rußland, bereits in Vergessenheit geraten zu sein. Dies ist nicht nur eine kurzsichtige, sondern auch verantwortungslose Haltung. Sie liefert den nationalistischen Kräften in Rußland unter Berufung auf die vergangene Größe ihres Landes vor allem im Bereich des Militärwesens und des militärisch-industriellen Komplexes schlimmerweise glaubhafte Motive und sichert ihnen damit einen unter Umständen bedrohlichen politischen Rückhalt!

In diesem Zusammenhang sei auf die russische Militärdoktrin verwiesen, die offensichtlich erheblich hinter die Kernaussagen der Militärdoktrin der späteren Sowjetära zurückgefallen ist.

Hierbei beunruhigt insbesondere die Rücknahme der Verpflichtung, in einem bewaffneten Konflikt unter keinen Umständen als erster nukleare Waffen anzuwenden. Aber auch die These von den Sonderinteressen Rußlands im »näheren Ausland« muß mit ihrer vieldeutigen Interpretierbarkeit nicht nur Irritationen hervorrufen. Nein, sie bietet geradezu auf dem Präsentierteller auch noch Vorwände für ein Agieren im unmittelbaren Staatenumfeld der Russischen Föderation, die ihren Sicherheitsinteressen objektiv zuwiderlaufen.

Rußland ist Anfang des Jahres 1996 trotz des faktisch noch nicht beendeten Krieges in Tschetschenien (dies war der Hauptgrund für die bisherige Suspendierung des russischen Beitrittsgesuches) in den Europa-Rat aufgenommen worden. Obwohl dieser Akt nicht geringzuschätzen ist, muß man doch nüchtern konstatieren, daß sich die gravierenden europapolitischen Entscheidungen begreiflicherweise seit langem – und dies auch in einem immer stärkeren Maße – vorrangig mit dem Europa der EU verknüpfen.

Umso beklemmender muß unter diesem Blickwinkel der ostentative Dogmatismus namhafter »europäischer« Politiker wirken, deren Überlegungen zu einer Osterweiterung der EU stets und a priori auf eine grundsätzliche Ausgrenzung Rußlands hinauslaufen. Hierbei wird eine ganze Palette von Argumenten bemüht, in denen die wirtschaftlichen Bedenken genau genommen die einzigen sind, die tatsächlich gravierenden Charakter besitzen. Die ebenfalls von einem rückwärtsgewandten Nationalismus getragenen Bemühungen der mittelosteuropäischen Staaten und der Länder des Baltikums nach einem baldigen Anschluß an die NATO und die unter dem Schlagwort der »Osterweiterung« immer deutlicheren Avancen der NATO gegenüber dieser Staatengruppe stellen die Glaubwürdigkeit der seinerzeit proklamierten Ziele und Absichten der »Partnerschaft für den Frieden« und des Nordatlantischen Kooperationsrates zunehmend in Frage. Vergessen auch die von den Erwartungen der Völker getragenen feierlichen Erklärungen des Pariser KSZE-Gipfels vom November 1990 über eine Zone des Friedens zwischen Vancouver und Wladiwostok. Die Friedensdividende ist ausgeblieben.

Aus dem Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit :

Militärische Stärke ist kein legitimes Instrument, um Streitigkeiten zwischen Staaten zu lösen.

... Die gängigen Definitionen für den Begriff »Selbstverteidigung« müssen präzisiert und begrenzt werden. Ein wichtiger Aspekt einer Politik der gemeinsamen Sicherheit besteht darin, daß man erneut bekräftigt, daß auf die Anwendung von Gewalt als Instrument staatlicher Politik (gegenüber anderen Staaten - G.P.) verzichtet wird.

... Zurückhaltung in der Umsetzung nationaler Politik ist eine Notwendigkeit. Das Bedürfnis von Staaten, Vorsprünge gegenüber den anderen Staaten zu gewinnen und Sicherheit auf Kosten anderer zu erreichen, wirkt als Triebkraft für das Wettrüsten.

... Sicherheit kann nicht durch militärische Überlegenheit erzielt werden. Verzicht auf einseitige Übermacht heißt zugleich einsehen, daß die Anstrengungen für eine Begrenzung der Rüstungen und Reduzierung der Kriegsgefahr keinen Erfolg haben werden, solange der Anspruch auf militärische Überlegenheit und mi-

Man scheint in den alten Denkkategorien zu verharren. Die Schlußfolgerungen aus dem Wettrüsten des Kalten Krieges, die doch unbestreitbar eine wichtige geistige Komponente in dem gesellschaftlichen Umbruch an der Wende zu den neunziger Jahren verkörperten, werden heute bereits wieder weitgehend ignoriert.

Damals bestand bereits ein breiter Konsens darüber, daß der Krieg als Instrument der Politik als unvertretbar zu betrachten war, weil das Clausewitzsche Prinzip militärischer Gewaltanwendung im Hinblick auf die Erreichung rationaler politischer Zielsetzungen immer weniger anwendbar schien. Das künftig Entscheidende sollte die Prävention von Konflikten in ihrem Vorfeld sein. Vor allem mit Blick auf die wachsende Verletzbarkeit der industriegesellschaftlich geprägten Strukturen der entwickelteren Staaten des Nordens schien der Krieg (schon allein bei Anwendung von ausschließlich konventionellen Waffen) immer weniger als Mittel zur Lösung von zwischenstaatlichen Interessenkonflikten und damit als Kategorie der Politik seinen Stellenwert beibehalten zu können. Tschetscheniens Grosnyj oder viele Städte Bosniens sprechen für die Richtigkeit dieser Überlegungen.

All das sieht heute leider schon wieder ganz anders aus. Diese skeptische Sicht gilt nicht zuletzt für die Entwicklung in Deutschland. Das einst von westdeutschen Politikern bejubelte Motto der Bürgerrechtsbewegung in der DDR »Schwerter zu Pflugscharen« ist längst aus ihrer Rhetorik getilgt. Auch namhafte Pazifisten jener Zeit wie zum Beispiel Pfarrer Eppelmann, der in der Wendezeit sogar DDR-Abrüstungsminister war, haben inzwischen unüberhörbar ihre Stimme im Bundestag für den Einsatz deutscher Truppen in Ex-Jugoslawien erhoben.

Sorgen um die Zukunft und die Konturen eines möglichen Ausweges

Das alte sicherheitspolitische Denken scheint eine Renaissance im Hinblick auf die Perspektiven und Projekte für Europa zu erleben. Trotz vieler schöner und versöhnlich klingender Worte über die Suche nach Wegen für ein partnerschaftliches Verhältnis zu Rußland lassen weder die NATO noch die EU und WEU einen Zweifel daran, daß sie die osteuropäische Großmacht aus den europäischen Integrationsprozessen ausklammern wollen. Hierfür werden viele Argumente sowohl militärpolitischer und historisch-nationalistischer als auch wirtschaftlicher Art bemüht. Auf eine kritische Behandlung dieser Argumente wird an dieser Stelle bewußt verzichtet. Statt dessen soll versucht werden, Ansätze zu skizzieren, die aus der allem Anschein nach schon wieder festgefahrenen sicherheitspolitischen Situation herausführen könnten. Diese Ansätze sind vor allem jenem bedauerlichen Umstand geschuldet, daß trotz der Auflösung der WVO und des immer wieder beschworenen Endes des Ost-West-Konfliktes die Militärblocklogik in Gestalt der NATO weiter triumphiert.

Ungewollt oder gewollt (?) muß ein derartiges Bündnis heute durch seinen deutlich »geschlossenen« Charakter von anderen Staaten immer als in gewissem Grade gegen sie gerichtet aufgefaßt werden. Es enthält unvermeidliche Elemente von Konfrontation. Diese kämen jedoch im Rahmen eines kollektiven Sicherheits-

litärische Drohdiskpositionen aufrechterhalten wird. ... Rüstungsreduzierungen und qualitative Rüstungsbegrenzungen sind für die gemeinsame Sicherheit unverzichtbar.

Aus: Gemeinsam Säkherhet - Ett program för nedrustning / Rapporten fran den oberoende kommissionen för nedrustnings- och säkerhetsfragor under ordförändskap av Olof Palme , Stockholm 1982, S. 26-27 (Übersetzung aus dem Schwedischen vom Autor).

»Wir hatten begriffen, daß in der modernen, gegenseitig abhängigen Welt Fortschritt für eine Gesellschaft, die durch dichte Staatsgrenzen und ideologische Zäune abgeriegelt ist, unmöglich geworden war. Jede Gesellschaft kann sich heutzutage, ohne ihr eigenes Antlitz zu verlieren, nur im Zusammenwirken mit anderen umfassend entwickeln. Wir waren uns im klaren darüber, daß es unmöglich war, die Sicherheit unseres Landes zu gewährleisten, ohne die Sicherheitsinteressen anderer zu berücksichtigen und es ebenso undenkbar geworden war, im Zeitalter der Kernwaffen zuverlässige Sicherheit mit Hilfe militärischer Mittel zu erreichen .

Dies gab den Anstoß dazu, die prinzipiell neue Konzeption einer umfassenden Sicherheit herauszuarbeiten, die alle Seiten der Beziehungen zwischen den Völkern und Staaten, einschließlich der menschlichen Dimension, berücksichtigt.«

Michail Gorbatschow: *Zhishni reformy*, Moskwa 1995, Bd. II, S. 9 (Übersetzung aus dem Russischen vom Autor).

systems wie das einer mit wirklicher und umfassender Handlungskompetenz ausgestatteten OSZE (vormals KSZE) nicht zur Geltung. Die Lösung unvermeidlicher zwischenstaatlicher Konflikte innerhalb eines von seiten aller Teilnehmerstaaten anerkannten Systems von Normen, Regeln, Verbindlichkeiten und Kompetenzen könnte in jedem Fall politisch weitaus weniger konfrontativ und technisch weniger kostenaufwendig als unter den Prämissen eines Blockeingreifens von außen erreicht werden. Auch die Möglichkeiten zur Konfliktfrühwarnung und Konfliktprävention wären unter den Bedingungen eines kollektiven Sicherheitssystems unkomplizierter. Die Realität des weitgehenden Schattendaseins der OSZE gegenüber der Rolle der NATO in der Politik Europas und zunehmend auch in der weltweiten Politik macht deutlich, welche Möglichkeiten zur Gewährleistung einer echten kooperativen bzw. gemeinsamen Sicherheit vertan worden sind.

Die Berücksichtigung der eingetretenen sicherheitspolitischen Situation zwingt zum Nachdenken über Versuche in einer realpolitisch-pragmatischen Richtung. Sie sind eigentlich nur unter folgender Prämisse zu akzeptieren: Wenn sich denn überhaupt noch etwas an der gegenwärtigen Situation der Sicherheitsprobleme in Europa ändern soll und eventuell zum Positiven verändern ließe, dann dürfen auch Überlegungen nicht außer Betracht bleiben, die gleichsam »den Bock zum Gärtner« machen. Als Kernpunkt enthalten sie die These, die Sicherheit Europas durch eine einzige gesamt-europäische Sicherheitsstruktur zu gewährleisten, indem die unklare Parallelität zwischen NATO, WEU und OSZE zugunsten der NATO beendet wird.

Erstens: Denkbar wäre die mittelfristige Bewahrung der NATO durch ihre Umwidmung von einem Verteidigungsbündnis zu einer kollektiven Sicherheitsorganisation durch schrittweise Erweiterung um alle jene Staaten Europas, die ihren Beitrittswunsch äußern. Eine mittelfristige (etwa 5 – 10jährige) Nutzung vorhandener Militärpotentiale und -strukturen sollte ohne neue Rüstungsprogramme und ohne kostspielige Anpassungen durch Umrüstung von ost-europäischen Streitkräften auf NATO-Standards erfolgen.

Zweitens: Sinnvoll ist diese militärische Organisation für die europäische Sicherheit allerdings nur dann, wenn die Tendenz zur politischen und ökonomischen Abschottung West- und Mittelosteuropas gegenüber dem Osten unseres Kontinents nicht noch weiter vorangetrieben, sondern schrittweise und zielgerichtet überwunden wird.

Drittens: Mit der Wahrnehmung von kollektiven Sicherheitsaufträgen für das friedliche Zusammenleben der Staaten Europas hätte die (natürlich auch zu Wandlungen ihres eigenen Charakters gezwungene) NATO ein Aufgabenfeld, das ihren Bestand unter den Bedingungen tiefgreifender struktureller Veränderungen im Osten noch für längere Zeit rechtfertigen ließe. Die Logik einer gesamt-europäisch genutzten Sicherheitskompetenz der NATO impliziert für sie allerdings zugleich den unabdingbaren Verzicht auf militärische Lösungen in den sich zuspitzenden Konflikten zwischen den entwickelten kapitalistischen Staaten und der in den Entwicklungsländern lebenden Menschheitsmehrheit.

Die skizzierten Ansätze lassen unbestreitbar viele Fragen offen. Sie zielen jedoch auf eine Einbindung der NATO in einer Richtung ab, die den wachsenden interventionistischen Drang nach globalem militärischen »Krisenmanagement« unter Berufung auf die notwendige Sicherung der ungehinderten Ressourcen- und Handelsströme für die kapitalistischen Metropolenstaaten wenn schon nicht eliminieren, so doch immerhin dämpfen könnten. Dessen ungeachtet wird sich der Konflikt zwischen den reichen OECD-Ländern des »Nordens« und den ohne soziale Perspektive lebenden Milliarden des armen »Südens« verschärfen. Die Wahrscheinlichkeit für die Austragung dieses dramatischen Interessenkonfliktes mit militärischen Mitteln wächst in der Tendenz solange weiter, wie die kapitalistischen Industriestaaten von sich aus ihren bisherigen Kurs im Verhältnis zur »Dritten Welt« nicht grundlegend ändern.

Der zunehmend zur postindustriellen Gesellschaft übergehende Kapitalismus zeigt sich bereits heute immer weniger in der Lage, in den Ländern seines eigenen Systems allen Gruppen die ökologischen und materiellen Bedingungen für ein sozial sinnerfülltes Dasein, geschweige denn für künftige Generationen zu sichern. Was vermag er dann erst den zwei Dritteln der in tiefsten sozialen Nöten lebenden Menschheit zu bieten? Besitzt er für sie eine Überlebensperspektive?

Die Staaten des entwickelten Kapitalismus hätten sich in diesem Fall den Überlebensfordernissen der Menschheit stärker als bisher zu öffnen. Dies aber hieße Absage an die bisher verinnerlichten »ewigen Wahrheiten« der Kapitallogik sowie allmähliche (und dennoch konsequente) Umkehr: Schrittweiser Verzicht auf bisher übliche, maximal profitable Produktionsweisen und Konsumtionsmuster zugunsten der Wahrnehmung einer wachsenden globalen Verantwortung; gleichzeitige Akzeptanz eines immer stärkeren Vorrangs von ökonomisch-sozialen Konfliktlösungsansätzen vor einem in seinem Stellenwert schwindenden Faktor militärischer Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen.

Unbestreitbar wäre dies aus Sicht der kapitalistischen Metropolen eine überaus teure historische Korrektur. Aber in der Nichtwahrnehmung dieses Erfordernisses liegen die zukünftig größten sicherheitspolitischen Risiken. Versuche, diesen sicherheitspolitischen Herausforderungen militärisch zu begegnen, werden tendenziell immer untauglicher, weil sie das Überleben für die zukünftig noch mögliche, vergleichsweise privilegierte Existenz des westlichen Systems vorzeitig in Frage stellen würden. Eine ganze Reihe von Entwicklungsländern ist heute schon in der Lage dazu, eher die Produktion avancierter Waffensysteme (einschließlich von Raketen und Kernwaffen) als soziale Programme mit realen Erfolgsaussichten für ihre Völker in Angriff zu nehmen. Die soziale Perspektivlosigkeit für immer größere Teile der Menschheit ist jedoch als Nährboden für fatalistisch-fundamentalistische Untergangsszenarios durchaus nicht mehr undenkbar. Milliardenfaches soziales Elend könnte eines gar nicht so fernen Tages in eine Art von Verzweiflungs-Politik nicht etwa nur von ratlosen Revolutionären, sondern ebenso von religiösen oder endgültig frustrierten regierenden Eliten umschlagen. Als deren einziges und höchstes Ziel aller Politik

»Erstmals in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, ja, wahrscheinlich sogar in der gesamten Geschichte des Landes wurde die Sicherheit nicht durch die Aufstockung militärischer Macht, nicht durch die Vergrößerung der ohnehin schon gewaltigen Rüstungsaufwendungen gefestigt. Im Gegenteil, wir konnten zu einer Revision unserer Militärdoktrin in einem ausschließlich defensiven Geist übergehen, wir begannen die Streitkräfte und Rüstungen zu reduzieren und nahmen die Konversion der Rüstungsproduktion für zivile Zwecke in Angriff. All das wurde unter Berücksichtigung der entsprechenden Haltung der NATO-Länder ohne Beeinträchtigung der Sicherheit für die Sowjetunion gemacht.

Betrachtet man die vergangenen Jahre »von der Höhe« des Jahres 1994, so muß man eingestehen, daß bei all diesen Erfolgen die Sorgen nicht nur bei uns,

sondern auch in der Weltgesellschaft als Ganzes die Sorgen nicht weniger geworden sind. Die Probleme von einst sind von neuen Problemen abgelöst worden. Man muß sich weiter bewegen, auch das ›Neue Denken‹ muß auf der Grundlage der gemachten Erfahrungen erneuert werden ...«
Michail Gorbatschow,
a.a.O., S. 10.

könnte ihnen nur noch die rächende Vernichtung der Elendsverursacher in den Metropolenstaaten des Kapitals bleiben. Zugegeben, eine schlimme Vision. Aber ist sie so unwahrscheinlich?

Das »Neue Denken« Gorbatschows bleibt trotz des staatssozialistischen Systemkollapses im Osten aktuell. Vielleicht ist es heute sogar aktueller denn je. Auch der entwickelte Kapitalismus kann nicht mehr lange so weiter machen wie bisher. Es sei denn bei Strafe seines unabwendbaren Unterganges. Allerdings dann auch für alle seine ideologischen und materiellen Kontrahenten im Lager der ausgebeuteten »Verdammten dieser (letztlich unteilbaren) Erde«. – Für eine globale Umkehr ist es daher mehr als höchste Zeit!